



öffentlich

Betreff:

Räume für die Unabhängige Patientenberatung Deutschland, Standort Potsdam

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 27.09.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) am Standort Potsdam bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten in möglichst zentraler Lage unterstützt werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 25. Januar 2017 über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Beratungsstelle der UPD am Standort Potsdam befindet sich in der Wetzlaer Straße 30.

Dieser Standort liegt in einem Gewerbegebiet und ist für Beratung Suchende schwer zu finden und auch nicht gut zu erreichen, so dass „Laufkundschaft“ weitestgehend ausbleibt.

In der UPD beraten Experten Ratsuchende kostenfrei zu gesundheitlichen, gesundheitsrechtlichen und sozialrechtlichen Fragen.

Anliegen der UPD am Standort Potsdam ist es, Räumlichkeiten möglichst nahe des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und/oder von Selbsthilfegruppen und –vereinen zu finden, um die Erreichbarkeit zu erleichtern und Synergieeffekte nutzen zu können.

Bisherige Bemühungen dazu sind ohne Erfolg geblieben, so dass die UPD um Unterstützung gebeten hat.